



KONZEPTE FÜR HESSEN: MIT GRÜN GEHT'S BESSER

Hessen braucht neue Antworten auf die wichtigen gesellschaftlichen Fragen unserer Zeit. Wir wollen Alternativen zur schwarz-gelben Politik aufzeigen und Antworten geben: mit innovativen, manchmal auch provokanten und für die Gesellschaft relevanten Konzepten.



Tarek Al-Wazir

Mit diesen neuen Konzepten bekräftigen wir unseren selbstbewussten Anspruch, die ökologische, soziale und progressive Kraft der Linken Mitte zu werden. Es ist Zeit für grüne Konzepte, um Hessen fit

für die Zukunft zu machen. Unsere Maxime lautet deshalb: Konzepte für Hessen – Mit Grün geht's besser!

Mit unseren Vorschlägen für eine Schuldenbremse und zur Reform der Lehrerbildung haben wir den Anfang für eine Reihe von Konzeptpapieren gemacht.

SCHULDENBREMSE 2020

Als erste der im Landtag vertretenen Fraktionen haben wir Vorschläge zur Umsetzung der im Grundgesetz ab dem Jahr 2020 verankerten Schuldenbremse gemacht. Wir bekennen uns zu dem Ziel, spätestens ab dem Jahr 2020 im Landeshaushalt ohne neue Schulden

auszukommen. Um das zu schaffen, müssen wir uns aber jetzt auf den Weg machen.

Fortsetzung S. 2

LEHRERBILDUNG REFORMIEREN

Frühere Praxiserfahrungen der Lehramtsstudierenden, eigene Fachbereiche für Lehrerbildung an den Universitäten und eine stärkere Ausrichtung der Lehrinhalte und -methoden auf die geänderte schulische Wirklichkeit stellen wir in den Mittelpunkt unseres Vorschlags einer Reform der Lehrerbildung in Hessen.

Fortsetzung S. 3

WORTBRUCH DER LANDESREGIERUNG

Keine Einsicht bei den Regierungsfractionen - Obwohl klar ist: Fluglärm macht krank

„Rückgrat gegen Wortbruch – Nachtflugverbot jetzt“ lautete die Aufschrift eines Aufklebers, den wir in der Sondersitzung des Hessischen Landtags am 22. Dezember auf den Plätzen von CDU und FDP verteilt haben. In der Debatte ging es um den Wortbruch der CDU/FDP-Landesregierung in Sachen Nachtflugverbot, da sie Revision gegen das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Kassel (VGH) eingeleitet hat.

PERSÖNLICHE ENTSCHEIDUNG

Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete von CDU und FDP war persönlich gefragt, Rückgrat gegen diesen Wortbruch zu zeigen. Jahrelang wurde der Bevölkerung von den Ausbaubefürwortern CDU und FDP versprochen, dass sie als Ausgleich für die zu erwartende zusätzliche Lärmbelastung am Tag wenigstens in der Nacht von 23 Uhr bis 5 Uhr nicht durch Flugzeuge aus dem Schlaf geschreckt werden. Dies haben auch

die direkt gewählten Abgeordneten in den Kreisen rund um den Flughafen getan und das oberste Verwaltungsgericht Hessens hat dies ermöglicht. Deshalb haben wir namentliche Abstimmung über den gemeinsamen Antrag von SPD und GRÜNEN beantragt. Die CDU und



Demonstration der Abgeordneten

FDP-Abgeordneten hätten beweisen können, wie wichtig es ihnen ist, ihr Wort zu halten. Es galt allerdings mal wieder: Schwarz-gelb - unser Wort gilt nichts.

Noch brisanter wird dieser Wortbruch für die Betroffenen, wenn man sich die Ergebnisse einer Studie zum Flughafen Köln/Bonn anschaut. Der Arzt und Epi-

demiologe Prof. Dr. Eberhard Greiser hat im Auftrag des Umweltbundesamtes eine Studie über den Zusammenhang verschiedener Erkrankungen und der Belastung durch Fluglärm erstellt. Die Ergebnisse sind alarmierend. Es erweist sich, dass bereits ein Dauerschallpegel ab 40 Dezibel zu einem signifikant höheren Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt.

NACHTFLÜGE SIND BESONDERS PROBLEMATISCH

Zudem hat sich herausgestellt, dass insbesondere Nachtflüge für die Gesundheit der Anwohner gefährlich sind. Wir sehen deshalb dringenden Bedarf, dass die Landespolitik sich mit diesen schwerwiegenden Erkenntnissen befasst.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Flughafen Frankfurt



HESSENS WEG AUS DER SCHULDENFALLE

Fortsetzung von S. 1

Die Debatte um die Schuldenbremse ist nicht allein eine Frage von Haushaltszahlen. Es muss vielmehr eine Wertedebatte sein, in der das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Individuum im Mittelpunkt steht.

WELCHEN STAAT WOLLEN WIR?

Am Beginn von Hessens Weg aus der Schuldenfalle muss die Frage „Welchen Staat wollen wir“ stehen. Wir brauchen eine gesellschaftliche Verständigung darüber, welche Leistungen der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger erbringen soll und wie wir sie auch ohne Schulden finanzieren können. Eine Verkürzung der Debatte allein auf die Ausgabenseite greift zu kurz. Vielmehr muss es um einen Dreiklang aus der Definition der notwendigen staatlichen Leistungen, der effizienten Erbringung dieser Leistungen sowie der Sicherung der notwendigen Einnahmehasis des Staates zur Erbringung dieser Leistungen gehen. Wer glaubt, die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben allein mit dem Rotstift schließen zu können, wird Schiffbruch erleiden.

GEMEINSAME ANSTRENGUNGEN

Die Schuldenbremse darf nicht zu einem handlungsunfähigen Staat führen. Wir erteilen dem von Teilen der CDU und der FDP gewollten schwachen Nachwächterstaat ebenso eine Absage wie der von Teilen der SPD und der Linkspartei propagierten Fortsetzung des Verschuldungsstaats. Nachhaltig und generationengerecht ist eine Politik nur dann, wenn in wirtschaftlich normalen Zeiten die Nutzung aller notwendigen öffentlichen Güter aus den laufenden Einnahmen eines Jahres ohne neue Schulden finanziert werden kann.

Die Umsetzung der Schuldenbremse kann und darf nicht allein ein Projekt der jeweiligen Regierungsmehrheiten sein. Zum einen können sich diese Mehr-

heiten bis 2020 noch mindestens zweimal bei Landtagswahlen ändern. Zum anderen berühren die Auswirkungen der Schuldenbremse die Vorstellung von der Organisation unseres Gemeinwesens so elementar, dass es einer breiten gesellschaftlichen Verständigung bedarf. Dies gilt umso mehr angesichts der von CDU/FDP geplanten Änderung der Hes-



sischen Verfassung und der damit verbundenen Volksabstimmung zu diesem Thema. Daher schlagen wir die Einrichtung einer Expertenkommission ‚Hessen 2020 – Welchen Staat wollen wir?‘ vor. In ihr sollen u.a. Vertreter von Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft, Kirchen, Verbänden und Vereinen ihre Vorschläge zur Umsetzung der Schuldenbremse einbringen können. Auf der Grundlage der mit Sicherheit sehr vielfältigen und kontroversen Vorschläge soll anschließend versucht werden, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu formulieren.

ALTSCHULDENFONDS

Auch die Rahmenbedingungen im Bund müssen natürlich gegeben sein. Als konkrete bundesweite Maßnahme schlagen wir die Einrichtung eines Altschuldenfonds aller Bundesländer vor. Sämtliche Schulden der Bundesländer werden in diesem Fonds gebündelt. Hierdurch lassen sich auch bessere Finanzierungsbedingungen erreichen. Die Zinszahlungen für den Altschuldenfonds übernimmt der Bund. Die Tilgung ihrer jeweiligen Anteile bleibt Aufgabe der Länder. Durch die Herausnahme der Zinsbelastungen aus den Landeshaushalten kommt das

Ziel eines ausgeglichenen Haushalts überhaupt erst in die Nähe dessen, was in landespolitischer Kompetenz erreichbar ist.

Der Altschuldenfonds wird die Finanzlage vieler Bundesländer erheblich verbessern. Das schafft auch die Spielräume, um in diesem Zusammenhang eine Neuregelung des Länderfinanzausgleichs (LFA) vorzunehmen. Damit können bestehende Ungerechtigkeiten korrigiert und neue vermieden werden. Deshalb muss die dringend erforderliche Neuregelung des LFA mit dem Altschuldenfonds in Beziehung gesetzt werden. Als Nettozahler würde Hessen hiervon besonders profitieren.

STEUERN SIND NOTWENDIG

Daneben wird Hessen an einem dritten Punkt auf die Unterstützung des Bundes angewiesen sein. Nur über die bundesstaatliche Gesetzgebung kann dafür Sorge getragen werden, dass die Länder und die Kommunen über genügend Steuereinnahmen verfügen, um die im Rahmen der Expertenkommission ‚Hessen 2020 – Welchen Staat wollen wir?‘ erarbeiteten künftigen staatlichen Aufgaben auch finanzieren zu können. Wir sind überzeugt davon, dass der Staat zur Erfüllung der nötigen Aufgaben nicht weniger, sondern mehr Steuereinnahmen braucht.

OFFEN FÜR GESPRÄCHE

Wir sind offen für Gespräche über die konkrete Ausgestaltung unseres Vorschlags und freuen uns über Anregungen und Verbesserungsvorschläge. Mit dieser Haltung werden wir die einzelnen Vorschläge auch mit den anderen Fraktionen diskutieren und in den Landtag einbringen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Finanzpolitik



UMFASSENDE REFORM DER LEHRERBILDUNG

Fortsetzung von S. 1

Zentrales Element ist die Einführung eines verpflichtenden Praxissemesters nach den ersten beiden Studiensemestern. Angehende Lehrerinnen und Lehrer sollen früh Erfahrungen mit der schulischen Praxis machen. So können sie beurteilen, ob die vielfältigen und anspruchsvollen Herausforderungen des Lehrerberufs tatsächlich das Richtige für sie sind. Ohne ein bestandenes Praxissemester kann das Hauptstudium nicht aufgenommen werden. Wir sehen jedoch auch vor, dass ein nicht bestandenes Praxissemester bis zum Ende des Grundstudiums einmal wiederholt werden kann.

THEORIE UND PRAXIS

Die enge Verzahnung zwischen Theorie und Praxis ist auch bei unseren weiteren Vorschlägen der Grundgedanke. Wir schätzen die eher theoretisch-wissenschaftliche Ausbildung an den Universitäten und die eher praxis- und berufsorientierte Ausbildung an den Studienseminaren und Schulen hoch. Wir wollen beide Teile erhalten und stärken. Allerdings sollten sie besser miteinander verzahnt werden. Daher schlagen wir nach dem Praxissemester im Grundstudium die Einführung eines weiteren Praxissemesters im Hauptstudium vor. Dafür könnte dann das Referendariat nach Abschluss des Studiums von 24 auf 12 Monate verkürzt werden. Die inhaltliche Ausgestaltung der Praxissemester sollte in der Verantwortung der Studienseminare liegen. Zusätzlich sollen die Studienseminare ebenso die Universitäten bei der Ausgestaltung des Studiums beraten, wie die Universitäten die Studienseminare bei ihrer Arbeit. Wir wollen den engen, dauerhaften und institutionalisierten Austausch zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und schulischer Praxis.

EIGENE FACHBEREICHE FÜR LEHRERBILDUNG

Auch an den Universitäten soll die Lehrerausbildung verbessert werden. Bisher gibt es keine eigenen Fachbereiche für Lehrerbildung. Das hat zur Folge, dass es oft keine spezifischen Angebote für



Schulen haben sich verändert, eine Reform der Lehrerbildung ist überfällig.

Lehramtsstudierende gibt und sie in den anderen eigenständigen Fachbereichen oft ein wenig wie Stiefkinder behandelt werden. Dies wollen wir durch eine organisatorische Stärkung der Lehrerbildung an den Universitäten ändern. Den Bedürfnissen der Lehramtsstudierenden muss endlich Rechnung getragen werden. Zudem soll das Amt für Lehrerbildung gestärkt werden und einen wissenschaftlichen Beirat erhalten, dem die Dekane der neu geschaffenen Fachbereiche an den Universitäten angehören. Großen Wert legen wir auch auf eine stärkere und verbesserte Kommunikation der einzelnen Akteure untereinander. Dies ist gerade auch mit den Schulen notwendig, um einen kontinuierlichen Austausch über die schulische Praxis und neueste Ergebnisse der Bildungsforschung sicherzustellen. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Kooperationsrat der Universität Kassel.

STUDIENINHALTE ANPASSEN

Die Studieninhalte müssten stärker auf die geänderte schulische Wirklichkeit

ausgerichtet werden. Besonders der sich abzeichnende Wandel von der Halbtags- zur Ganztagschule, die zunehmenden Anforderungen an die Schule im Bereich der Erziehung und der Vermittlung von Sozialkompetenzen an die Kinder und Jugendlichen machen Veränderungen notwendig. Dazu gehört aber auch, dass

Lehrerinnen und Lehrer statt als Einzelkämpfer stärker in Teams zusammenarbeiten. Zudem sehen wir eine strukturierte und systematische Lehrerweiterbildung als dringend erforderlich an.

BACHELOR ÜBERBEWERTET

Aus unserer Sicht ist die Debatte über eine

Umstellung des Lehramtsstudiums auf Bachelor- und Masterabschlüsse überbewertet. Zum einen ist die Einführung von Bachelor und Master in anderen Studiengängen bislang alles andere als problemlos verlaufen. Zum anderen sind die Studieninhalte weit wichtiger als die Studienstruktur.

BREITEN KONSENS ERREICHEN

Wir wollen über unsere umfassenden Reformvorschläge in Ruhe mit allen Beteiligten sprechen. Klar ist jedoch auch, dass die aktuellen erheblichen Probleme im Referendariat schnell angegangen werden müssen. Wir möchten einen möglichst breiten Konsens über unsere Reformvorstellungen erreichen. Erste Gespräche deuten darauf hin, dass dies über die üblichen Grenzen zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen hinaus gelingen kann.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Bildung



AUSSTIEG AUS DEM AUSSTIEG VERHINDERN

Energiewende und Sicherheit in Hessen gewährleisten - Biblis endlich abschalten

Das die CDU/FDP geführten Bundes- und Landesregierungen den Atomausstieg verhindern oder zumindest verschleppen wollen, war eigentlich zu erwarten. Deswegen waren die Aussagen von Bundesumweltminister Röttgen auf den ersten Blick eine Überraschung. Dieser hatte seiner Partei empfohlen, sich möglichst bald von der Atomkraft zu verabschieden. Wir begrüßen sehr, dass Umweltminister Röttgen erkannt hat, dass die Atomkraft in der Bevölkerung keinen Rückhalt und keine Akzeptanz hat. Allerdings ist auch klar, dass Röttgen ebenfalls den Atomausstieg verschieben will und damit auch gegen den Willen des Großteils der Bevölkerung handelt.

RWE-FREUNDLICHE POSITION

Noch rückständiger und verantwortungslos ist dagegen die RWE-

freundliche Position der hessischen Umweltministerin Lautenschläger (CDU). Sie spricht immer noch von einem Energiemix mit Atom und fordert sogar die Laufzeitverlängerung von Schrottreaktoren wie Biblis – trotz der Risiken und der ungelösten Endlager-Probleme.

Lautenschläger wirft lieber der Biblis-Betreiberin RWE Milliarden in den Rachen, als sie sich um die Sicherheit der Menschen zu kümmern. Zwar soll der Staat Sondergewinne abschöpfen, macht da-

für jedoch Zugeständnisse bei der Sicherheit. Die Sicherheit der Menschen in Hessen ist aber keine Verhandlungsmasse.

OHNE ENERGIEKONZEPT

Das von Lautenschläger seit einem Jahr angekündigte Energiekonzept ist inzwischen bekannt, kann allerdings höchstens als Eckpunktepapier bezeichnet werden. Von einem schlüssigen Konzept kann nicht die Rede sein. Es geht kaum über einfache Ankündigungen hinaus und bietet so gut wie nichts Konkretes. In Hessen scheint sich der rückständige Teil der CDU noch immer durchzusetzen und den nötigen Aufbruch in ein neues Energiezeitalter weiter zu verschleppen. Damit gerät Hessen bei den erneuerbaren Energien weiter ins Hintertreffen – Frau Lautenschläger sei Dank.



Cem Özdemir und Tarek Al-Wazir vor Biblis

GLEICHES RECHT FÜR ALLE - STEUERN VON FRAU WOLSKI

Wir fordern weitere Aufklärung im Fall der Richterin am Staatsgerichtshof, Karin Wolski. Durch das Strafverfahren gegen ihren Mann wurde bekannt, dass auch Frau Wolski fünf Jahre hintereinander keine Einkommensteuererklärung abgegeben hat. Sie hat damit geltendes Recht gebrochen. Nach einem Bericht des Finanzministers im Haushaltsausschuss waren sogar Zwangsgeldfestsetzungen zunächst erfolglos.

Wir wollen wissen, ob und ggf. mit welchem Ergebnis gegen die Richterin, die auch Vizepräsidentin des Verwaltungsgerichts Frankfurt ist, ein Disziplinarverfahren oder zumindest disziplinarische Vorentscheidungen eingeleitet wurden. Außerdem wurde bekannt, dass auch die Richterin große Vermögenswerte aus dem Vermögen der Eheleute C. erhalten hat. Da sie niemals für das Unternehmen der Eheleute C. tätig war, kann es sich hierbei nur um Schenkungen und

nicht um Honorare handeln. Da diese über dem Freibetrag von 20.000 Euro lagen, wollen wir wissen, ob sie die hierfür fällige Schenkungssteuer abgeführt hat oder ob anderenfalls wegen möglicher Steuerhinterziehung ermittelt wird. Wir haben diesbezüglich einen dringlichen Berichtsantrag eingereicht.

STEUERGEHEIMNIS DARF AUFLÄRUNG NICHT VERHINDERN

In der Sitzung des Rechtsausschusses hat sich Justizminister Hahn jedoch mehrfach auf das Steuergeheimnis berufen und Auskünfte über Einzelheiten verweigert. Karin Wolski sollte daher die zuständigen Stellen unverzüglich von der Einhaltung des Steuergeheimnisses befreien, damit sie zumindest auf entsprechende Fragen im Ausschuss ordnungsgemäß antworten können. Es geht dabei nicht um die Höhe gezahlter Steuern – das geht niemanden etwas

an – sondern um die Einhaltung der vom Gesetz vorgesehenen Verfahren. Die skandalöse Zurückhaltung der Justiz gegenüber Frau Wolski, die bisher noch nicht einmal befragt wurde, muss endlich ein Ende haben. Sonst verfestigt sich der Eindruck weiter, dass Frau Wolski aus politischen Gründen von höherer Stelle geschützt wird.

IMPRESSUM

Herausgeberin
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.
Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout
Till Haupt

Fotos
Eigene, pixelio.de
Druck Februar 2010



DATENSCHUTZ IN HESSEN SICHERSTELLEN

Widerspruchsrecht bei Aufnahmen von Google Street View

Den Datenschutz bei „Google Street View“ wollen wir auch in Hessen sicher gestellt sehen. „Google Street View“ plant Aufnahmen in Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Fulda, Gießen, Marburg und Hanau sowie den Landkreisen Hochtaunus, Lahn-Dill, Main-Kinzig, Odenwald und der Wetterau. Dem Land, Kreisen und Gemeinden sowie anderen Eigentümern steht ein Widerspruchsrecht bezüglich der Ablichtung ihres Eigentums zu. Dies gilt auch für die Aufnahmen von Personen und Fahrzeugen. Deswegen halten wir eine Informationskampagne für notwendig. Durch einen Berichtsantrag im Innenausschuss wollen wir mehr Informationen erhalten und die Haltung der Landesregierung erfahren.

Bei den geplanten Aufnahmen werden auch Passanten in Alltagssituationen fotografiert, zum Beispiel beim Betreten oder Verlassen von Häusern. Ob Gesichter, Autokennzeichen und Hausnummern wirksam unkenntlich gemacht werden, wie Google verspricht, ist nicht ausreichend gesichert. Besonders beim Besuch öffentlicher Einrichtungen, wie

UNKENNTLICH MACHEN!?

etwa Drogenberatungsstellen und Frauenhäuser, sollten die Bürgerinnen und Bürger nicht aufgenommen und ins Netz gestellt werden. Es geht um die Persönlichkeitsrechte jedes und jeder einzelnen, wenn sein oder ihr Bild weltweit im Internet gesehen werden kann. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner, Grundstückseigentümer oder Autobesitzer wissen nicht, dass die Möglichkeit besteht, die Fotos löschen zu lassen und der Veröffentlichung zu widersprechen. Hier sollte die Landesregierung die Menschen konkret informieren. Bisher haben wir davon leider nichts wahrgenommen. Auf Bundesebene beginnt die Diskussion über die datenschutzrechtliche Problematik, in Hessen herrscht leider



Persönliche Daten überall?

weiterhin das Schweigen im Walde. Bisher gibt es keine Erkenntnisse darüber, dass sich die Landesregierung um ihre eigenen Grundstücke und Gebäude und in der Nähe parkenden Autos kümmert. Zudem wollen wir wissen, ob sie Kommunen und Kreise über ihr Widerspruchsrecht informiert und insbesondere

re darauf hingewiesen hat, dass Gesichter und Autokennzeichen unkenntlich gemacht werden können.

Weitere Informationen zum Thema:
www.gruene-fraktion-hessen.de -
 Themen A-Z - Datenschutz

GOOGLE STREET VIEW?

Mit Street View stellt Google im Rahmen von Google Maps einen weiteren Service zur Verfügung. Neben den Luftaufnahmen können die Nutzer auch Bilder der Straßen aus Sicht eines Passanten sehen.

AUFNAHMEN UND TECHNIK

Es handelt sich um 360-Grad-Panoramabilder, die mit speziell ausgerüsteten PKW und Fahrrädern aufgenommen werden. Diese Spezialfahrzeuge haben auf dem Dach neun Kameras für den 360-Grad-Blick, eine Kamera ist nach oben gerichtet; darüber hinaus sind drei dreidimensionale Lasermessgeräte vorhanden. Damit ist das Bild dann später mit der Maus um 360 Grad sowie nach oben und unten drehbar. Da etwa alle zehn Meter ein Foto gemacht wird, ist es dadurch möglich, eine Strecke virtuell in Google Maps oder Google Earth „abzufahren“. Durch die gesammelten 3-D-Daten soll es zu einem späteren Zeitpunkt in Google Earth auch eine räumliche Darstellung der Gebäude mit den Street-View-Daten als Oberflächen geben.

DEUTSCHLAND

Bisher sind über Google Street View noch keine Bilder aus Deutschland abrufbar, da Google zuvor Forderungen der Datenschutzbehörden nachkommen will. Seit Juli 2008 nimmt Google jedoch auch deutsche Straßen in vielen Städten und Landkreisen auf und veröffentlicht, an welchen Orten weitere Aufnahmen geplant sind.

DATENSCHUTZ

Seit Mai 2008 wird das Bildmaterial von einer Software nach Gesichtern von Passanten und nach Autonummernschildern durchsucht und diese durch Weichzeichnung unkenntlich gemacht. Google hat alle Bilder dieser Prozedur unterzogen. Da es sich um einen automatisierten Vorgang handelt, kann es vorkommen, dass Gesichter oder Nummernschilder nicht hundertprozentig unkenntlich gemacht wurden oder Bereiche behandelt werden, die gar kein Gesicht oder Nummernschild zeigen.

Quelle: de.wikipedia.org



HARTZ-IV-DEBATTE - ABER SACHLICH

Einen öffentlichen Arbeitsmarkt mit dauerhafter Beschäftigung schaffen

Nach den teilweise unsäglichen Äußerungen von Ministerpräsident Roland Koch zum Thema Arbeitspflicht für Hartz-IV Empfänger gab es in der Plenarsitzung im Januar eine Diskussion zum Thema öffentlich geförderter Arbeitsmarkt. Angesichts dieser Diskussion sehen wir die Zeit reif für die Durchführung einer Anhörung zu den unterschiedlichen Konzepten in diesem Bereich. Alle Fraktionen und Ministerpräsident Koch hatten sich für neue Modelle ausgesprochen, dabei jedoch deutlich unterschiedliche Konzepte favorisiert.

JOBCENTER BLEIBEN ERHALTEN

Es gilt jetzt, die vorliegenden Konzepte auf ihre Vor- und Nachteile für Arbeitssuchende zu untersuchen. Klar scheint zumindest für alle hessischen Landespolitiker die Notwendigkeit der Erhaltung der Jobcenter. Dafür ist eine Grundgesetzänderung notwendig und derzeit scheint es so, als wäre auch der Bund dazu bereit. Daneben muss es jetzt inhaltliche Veränderungen zu Gunsten der Arbeitssuchenden geben.

Eine Anhörung könnte den Anfang machen und die Reform der Hartz-Gesetzgebung auf eine konkrete Ebene überführen. In der Anhörung sollten wir Chancen und Risiken sowie Perspektiven und Probleme gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Kommunen, Institutionen und Organisationen diskutieren.

Wir favorisieren aus der Erfahrung mit der Arbeitsmarktreform die Einführung eines zusätzlichen öffentlichen sozialen Arbeitsmarkts mit dauerhaften sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Die so genannten Ein-Euro-Jobs sind für bestimmte Gruppen von Langzeitarbeitslosen keine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt. Finanziert werden soll der soziale Arbeitsmarkt

durch das bisher schon gezahlte Arbeitslosengeld II, die Kosten der Unterkunft, die Mehraufwandsentschädigung, die bisherigen Zahlungen an Anbieter von Ein-Euro-Jobs und ähnlichem. Sie sollen in einem Arbeitsentgelt zusammenfließen. In einem ersten Schritt sollen 5000 solcher Arbeitsplätze entstehen, was mehr als einem Drittel der bisherigen rund 13 000 Ein-Euro-Jobs entspräche. Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, dürften Stellen eines solchen sozialen Arbeitsmarkts nur zusätzlich und gemeinwohlorientiert sein sowie keine regulären Stellen ersetzen.

Mit dieser öffentlich geförderten Beschäftigung würde vielen Menschen eine dauerhafte neue Perspektive ge-

SELBSTWERTGEFÜHL STEIGERN

boten. So würde sinnvolle Arbeit statt meist erfolgloser Maßnahmen finanziert. Auch das Selbstwertgefühl von Langzeitarbeitslosen steigt, wenn statt eines Ein-Euro-Jobs am Monatsende eine ‚richtige‘ Gehaltsabrechnung im



Öffentlich geförderte Beschäftigung?

Briefkasten liegt. Gleichzeitig könnten sinnvolle Projekte und Institutionen profitieren, die mit solcher Arbeit unterstützt würden. Dieses Modell, das wir bereits 2007 vorgeschlagen haben, ist unser Favorit, wir sind aber offen für andere Vorschläge und sehen mit Spannung der Anhörung entgegen. Es muss jetzt endlich konkrete Projekte für Langzeitarbeitslose geben, denn viel zu viele sind noch in der Perspektivlosigkeit gefangen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Arbeitsmarkt

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTER BESCHÄFTIGUNGSSEKTOR?

Als öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) bezeichnet man einen Sektor des Arbeitsmarktes zwischen Markt und Staat. Bei diesem dritten Sektor geht es zum einen um die Schaffung von existenzsichernden und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für Erwerbslose und zum anderen um die Organisation von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Außerdem soll Ausgrenzung verhindert und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden.

DRITTER SEKTOR ZWISCHEN MARKT UND STAAT

Bei den Tätigkeiten handelt es sich um Arbeiten die gewünscht sind, sich aber im marktwirtschaftlichen Sinne nicht rechnen. Sie sollten deswegen gesellschaftlich finanziert, aber überwiegend staatsfern organisiert werden. Beispielsweise werden im Rahmen von ÖBS zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie soziale Beratungsstellen, Frauenzentren, soziokulturelle Zentren unterstützt.

GESELLSCHAFT HELFEN UND PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Mit einem ÖBS kann einerseits die gesellschaftlich notwendige Arbeit optimiert und verstetigt werden und andererseits auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert werden. Außerdem können damit neue (berufliche) Perspektiven für Erwerbslose geschaffen werden. Hier können sie ihre Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen beisteuern und sich weiter qualifizieren. Damit kann der ÖBS ein Element aktiver Arbeitsmarktpolitik sein und einen Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit leisten.



ÖKOLOGISCHER WALD FÜR HESSEN

FSC Zertifizierung mit wirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen

Wir fordern von Umweltministerin Lautenschläger (CDU) eine Zertifizierung des hessischen Staatswaldes nach den weltweit geltenden hochwertigen Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC). Dieses Siegel entspricht dem Bio-Siegel für die Landwirtschaft. Wir werden dabei sowohl von Wirtschaftsvertretern, Gewerkschaften als auch Naturschutzverbänden unterstützt.

Seit Jahren haben bereits die Landesforstbetriebe von Berlin, von Schleswig-Holstein, dem Saarland und von Hamburg ihre Wälder auf die Bewirtschaftung des FSC-Siegels umgestellt. Der Landesbetrieb Wald und Holz in NRW plant ebenfalls eine FSC-Zertifizierung.

Bisher werden die hessischen Wälder nur nach einem System mit

schwachen ökologischen und sozialen Standards zertifiziert. Dieses wird aufgrund seiner Mängel von den bekannten Umweltverbänden nicht unterstützt. Im Rahmen der Nachhaltigkeitskonferenz Hessen wird derzeit geprüft, ob nicht die FSC-Zertifizierung auch in Hessen anzustreben sei.

FSC IST GUT UMSETZBAR

Mehrere unabhängige Gutachten kamen zu dem Ergebnis, dass die FSC-Zertifizierung in Hessen gut umsetzbar sei und für den Landesbetrieb auch zu Wettbewerbsvorteilen auf dem internationalen Holzmarkt führen könnte.

Der Landeswald gehört den hessischen Bürgern. Mit der unabhängigen Zertifizierung nach FSC wird bescheinigt, dass hohe ökologische und soziale Anforderungen im Wald umgesetzt werden. Die Bewirtschaftung des hessischen Staatswaldes nach FSC-Kriterien wäre die rich-

tige Weichenstellung für einen besseren Schutz der biologischen Vielfalt, unter anderem weil Pestizideinsatz, Kahlschlag und Bodenbearbeitung verboten sind.

EIN MEHRWERT FÜR MENSCH...

Die Tatsache, dass Waldflächen als Urwälder von morgen aus der Bewirtschaftung genommen werden, hat ebenfalls



Biologische Vielfalt im Wald erhalten

deutliche positive Effekte auf den Artenschutz. Für die Bevölkerung ergibt sich so ein höherer Erholungswert.

Verbraucherinnen und Verbraucher fragen immer stärker nach Holz- und Papierprodukten, die nach hohen ökologischen Standards zertifiziert sind. Bereits über 15 Prozent der Verbraucher kennen das FSC-Siegel, die Tendenz ist stark steigend, auch weil viele Endhändler, wie Baumärkte und Möbelhäuser das Siegel aktiv bewerben. Die Ängste im Land gegenüber FSC kann man den Bedenkenträgern jedenfalls nehmen. Es müssten lediglich ein Prozent des Landeswaldes zusätzlich der Natur überlassen werden.

...UND WIRTSCHAFT

Auch Vertreter der Wirtschaft weisen darauf hin, dass Unternehmen die Bewirtschaftung von weiteren Wäldern nach den FSC-Kriterien in Deutschland

begrüßen würden. Ein Drittel aller Wirtschaftswälder werden für die Produktion von Zellstoff und Papier genutzt. Es ist sehr wichtig, dass die Rohstoffproduktion sozial, ökologisch und ökonomisch verträglich erfolgt. Aus diesem Grund ist die Forstzertifizierung auch wirtschaftlich gesehen ein wichtiges Thema. Dies hat in Deutschland durchaus eine lange

Tradition. Man wünscht sich, dass mehr FSC-Holz aus Deutschland auf dem Markt verfügbar ist, um den stetig steigenden Bedarf danach zu decken.

2010 IST DAS JAHR DER BIOLOGISCHEN VIelfALT

Zudem ist das Jahr 2010 von den Vereinten Nationen zum Jahr der biologischen Vielfalt ernannt worden. Die Umstellung

des hessischen Staatswaldes wäre ein wichtiger Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der dortigen Artenvielfalt. Außerdem wäre sie ein gebotener Schritt für ein nachhaltiges Hessen. Die Zertifizierung nach FSC würde die Nachhaltigkeitskonferenz des Landes deutlich glaubwürdiger machen als dies bisher gelungen ist. Gerade die externe Überprüfung der Einhaltung der FSC-Kriterien würde zu einer qualitativen Verbesserung der ökologischen Aspekte der Waldbewirtschaftung führen. Die Erhaltung von Wäldern mit hohem Schutzwert ist eines der wichtigen Prinzipien der FSC-Bewirtschaftung.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Ländlicher Raum &
Landwirtschaft



UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS STEUERFAHNDERAFFÄRE

Wir machen uns an die Aufklärung

Weil die Vorgänge um die zwangspensionierten Steuerfahnder bislang nicht aufgearbeitet und die volle Wahrheit noch nicht an das Licht gelangt ist, ist für uns die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses notwendig. Finanzminister Weimar hat die Mitwirkung bei der Aufklärung verweigert, deshalb muss jetzt das Parlament die Dinge selbst in die Hand nehmen.

NICHT ALLES QUERULANTEN

Es ist schon ziemlich unwahrscheinlich, dass alle die in der Affäre weder alles aufgeklärt sehen noch erst recht nicht alles für in Ordnung gefunden haben, Querulanten sind. Das reicht von der parlamentarischen Opposition über viele andere bis hin zur Jury des Whistleblowerpreises (der Preis wird an Menschen vergeben, die auf Missstände in der Gesellschaft aufmerksam machen und dabei eigene Nachteile in Kauf

nehmen. Zuletzt ging er an Personen die sich mit Steuerhinterziehung und den Vorgängen bei der Steuerfahndung Frankfurt beschäftigt haben). Wir wollen die Vorgänge um die zwangsweise Ruhestandsversetzung der vier ehemaligen Steuerfahnder aufklären.

UNABHÄNGIGE UNTERSUCHUNG

Finanzminister Weimar hat unseren Vorschlag auf Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission abgelehnt. Er kann aus unserer Sicht auch nicht die Verantwortung auf andere wie

die Oberfinanzdirektion abschieben. Er muss dafür gerade stehen, was unter seiner Ressortleitung vollzogen wurde. Auch wenn es der Landesregierung und den Koalitionsparteien genügt, für ihre Vorgehensweise nicht verklagt zu werden, ist für uns eine gute Personalführung mehr als gerade mal so an der Grenze zur Rechtswidrigkeit entlang zu schliddern. Eine gute Personalführung erfordert vor allem Sensibilität und die Bereitschaft zum Hören von Meinungen und auch von Beschwerden. Deswegen werden wir alles dafür tun, um die Wahrheit ans Licht zu bringen, und Wahrheit ist bekanntlich keine Frage der Mehrheit.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Themen A-Z - Finanzpolitik



KURZ NOTIERT

RECHTSAUßEN

In einer Aktuellen Stunde im Landtag waren wieder einmal die Äußerungen des „Rechtsaußen“ der CDU Fraktion Irmers Thema. Man kann die Äußerungen des CDU-Landtagsabgeordneten in den letzten beiden Ausgaben des „Wetzlar Kuriers“ nur als beschämend und unwürdig bezeichnen. Er hatte darin Muslime mit radikalen Islamisten gleichgestellt und den Islam in Deutschland sinngemäß mit Ehrenmorden, Zwangsehen und genitalen Verstümmelungen in Verbindung gebracht und damit wieder einmal Angst vor Fremden und Ausländern gesät. Wenn das Land Hessen seine für sich proklamierte Glaubwürdigkeit in Sachen Integration und interreligiöser Dialog nicht verspielen möchte, dann sind die Äußerungen Irmers unhaltbar.

BREITBANDVERSORGUNG

Die Förderung des Ausbaus eines leistungsfähigen Breitbandnetzes in Hessen wurde jahrelang vernachlässigt. Bis zum Jahr 2007 hat sich die HessenAgentur trotz zahlreicher

Initiativen betroffener Kommunen darauf beschränkt, Informationsveranstaltungen durchzuführen und ansonsten auf die Kräfte des Marktes zu vertrauen.

Der Aufbau eines leistungsfähigen Breitbandnetzes ist heute Teil der Daseinsvorsorge. Er bringt wichtige ökonomische Impulse und ist eine zentrale Voraussetzung für zukünftige Prosperität. Wir müssen aber feststellen, dass gerade in diesem Bereich das marktradikale Mantra, der Profitanreiz regelt das vorhandene Defizit schon privatwirtschaftlich, nicht greift.

Wir fordern Wirtschaftsminister Posch (FDP) daher auf, die 30 Millionen Euro, die vor allem die CDU einem vollkommen überdimensionierten Wolkenkuckucksresort Beberbeck hinterherwerfen will, beispielsweise in den Breitbandausbau zu stecken. Sie täten der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Entwicklung in Nordhessen einen weitaus größeren Gefallen.

TIERHEIME UNTERSTÜTZEN

Die Spendeneinnahmen der Tierheime sind in Folge der Wirtschaftskrise dramatisch zurückgegangen. Gleichzeitig führt die Krise

auch dazu, dass immer mehr Tiere von Ihren Besitzern ausgesetzt werden.

Die Landesregierung sollte deshalb die Unterstützung besonders in Not geratener Tierheime organisieren und langfristig mit Kommunen Gespräche aufnehmen die Situation grundsätzlich zu verbessern. Gesetzlich sind die Kommunen nämlich verpflichtet, sich um Fundsachen, also auch um Tiere zu kümmern.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Wir haben im November ein interessantes Fachgespräch zum Thema Entwicklungspolitik durchgeführt. Im Fokus standen natürlich die Möglichkeiten der Bundesländer sich an einer erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen bzw. eine eigene Entwicklungspolitik zu betreiben.

Neben Kordula Schulz-Asche waren Vertreter aus anderen Bundesländern als Redner eingeladen. Wer sich mit dem Thema genauer befassen möchte, findet jetzt eine Dokumentation der Veranstaltung auf unserer Webseite:

www.gruene-fraktion-hessen.de -
Publikationen - Broschüren & Materialien